

Lust auf Europa

Autor(en): **Kappeler, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340857>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lust auf Europa



Europa in der Diskussion, auch bei der SP. In der letzten Nummer der "Roten Revue" hatte Rudolf H. Strahm, eher ein Euro-skeptiker, seine Gedanken dargelegt. In dieser Nummer kommt Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zum Zug. Er gehört zu den Euro-phorikern. Kappeler, ein überzeugter Europäer, ist der Meinung, dass die Schweizer Linken unter Kontaktmangel mit der europäischen Wirklichkeit leiden und deshalb zu falschen Einschätzungen gelangen.

Von Beat Kappeler

Alle Europäer, auch die Schweizer, sind immer weniger durch den Nationalstaat und sein Territorium als letzte Instanz bestimmt, sondern sie arbeiten in einem die Grenzen überschreitenden Wirtschaftsnetz, in internationalen oder international abhängigen Firmen und setzen sich auch in ihrer freiwilligen Lebenswelt nicht in Territorien fest, sondern sind längst Angehörige von Selbstorganisationen, beschaulichen oder kämpferischen, der zivilen Gesellschaft. Wir sind Eisenbahner, Ostschweizer, Feministinnen, Rockliebhaber, im Sportverein, Gewerkschafter, Liberale - das ist identitätstiftend, das fasziniert uns als Einzelne am Gesellschaftlichen.

Die europäische Einigung zieht daraus die Konsequenz und schafft den ersten gelungenen Versuch übernationaler Regeln dieses Ausgreifens der Einzelnen und ihrer Verbände und einer Sprengung aller jener Regeln des Territorialstaates, die entgegenstehen.

Dieses vor gut dreissig Jahren beschlossene Europa schliesst jetzt den Bogen der langen Vorbereitungen. Als bedrohenden Schnellzug kann nur jener dies empfinden, der Europa bisher nicht ernstnahm oder nicht kannte. Die Schweiz als Ganzes hat sich von dieser Bewegung dispen-

siert, jetzt ist sie nicht mehr gefragt. Am 17. Januar 1989 gab die EG bekannt, sie nehme die Aussenstehenden vorerst nicht auf, biete aber auch keine bilateralen Verträge zur Anknüpfung mehr an. Man könne einen gemeinsamen Binnenmarkt für den Kommerz machen, den "Europäischen Wirtschaftsraum", mehr nicht. An der Gipfelkonferenz vom nächsten Dezember wird die EG dagegen die definitiven Konturen der politischen Union, also des Bundesstaates, seiner inneren demokratischen Einrichtungen und vermutlich die Art des Einbezugs des Ostens festlegen. Dann steht Europa, und die Schweiz steht "souverän", aber einflusslos daneben.

Die Institutionen des werdenden Bundesstaates Europa sind schon beachtlich. Das direkt gewählte Parlament hat nicht "nur gerade Budgethoheit", wie manche an dieser Stelle meinen, sondern kann die Kommission absetzen (was man in der Schweiz mit dem Bundesrat nicht kann) und Entscheide des Ministerrats mit Veto belegen.

Dynamik im Umweltschutz

Diese Institutionen sind überdies auf Fortschritt hin angelegt. Die Vorschläge der Kommission dürfen vom Ministerrat nur einstimmig geändert, aber meist mit Mehrheiten anstatt

Einstimmigkeit genehmigt werden. Die schweizerischen Institutionen sind auf allseitige Blockierung angelegt oder können so benützt werden. Sogar das frühere Einstimmigkeitsprinzip der EG im Sozialen und im Umweltschutz ist kreativ aufgelöst worden: die 50 Richtlinienentwürfe zum "Sozialraum Europa" werden von der Kommission als binnenmarktnotwendig bezeichnet und brauchen dann nur Mehrheiten. Daher gibt "nicht der letzte Sozial- oder Umweltpolitiker den Standard für die andern", wie manche schreiben. Vielmehr ist die Dynamik guter Standards auch institutionell gesichert, aber auch durch praktische Überlegungen der im Wettbewerb zueinander stehenden ehemaligen Nationen erprobt: sie stimmten bereits mehreren echten Entwicklungen über den Durchschnittsstandard im Sozialen und Ökologischen zu, weil sie ja gewiss sind, dass alle andern elf sich auch daran halten und die Kosten tragen müssen. Die EG gab sich die Umweltkompetenz erst vor vier Jahren mit der Einheitlichen Akte; für die "toten Meere" in Nord- und Ostsee oder an der Adria zeichnet die verbrecherische Sorglosigkeit der Nationalstaaten, etwa der Schweiz mit Schweizerhalle, allein verantwortlich.

Ohne diese Dynamik des Vertrauens in gemeinsame Pflichten hätten Frankreich, Italien und England als Einzelstaaten im Wettbewerb gegeneinander keinen Katalysator eingeführt – die EG führte ihn als eine der ersten Massnahmen nach Erringung der Umweltkompetenz ein. Übersehen wird auch, dass nach EG-Recht die Mitglieder ausdrücklich weiter als der EG-Standard gehen dürfen. Holland hat sich soeben ein enorm ehrgeiziges Umweltprogramm für das nächste Jahrzehnt gegeben. Ein allfälliger Konflikt von Umweltvorschriften bei Gütern oder Anlagen mit Ansprüchen des freien Handels der andern Mitglieder wird vom EG-Gerichtshof

beurteilt – und er hat schon mehrfach zugunsten der Ökologie entschieden (Dänemarks Flaschenpfand zum Beispiel). Gewässerschutz, Bodenschutz, die ganze Immissionsgrenzwerte-Politik sind weiter national bestimmbar. Es ist daher falsch zu denken, die Schweiz hätte ihre Umweltpolitik bisher innerhalb der EG nicht betreiben dürfen. Im Gegenteil: "Störefriede" solcher Art sind gefragt, treiben durch Mitmachen den EG-Standard hinauf. Auch Umweltgruppen werden in der EG-Behörde zu Konsultationen gesucht, sind aber nicht immer so aktiv wie die präsenste Industrie, weil viele "Alternative" die EG zu wenig ernst nehmen.

Die EG ist ein politischer Raum mit Institutionen, derer man sich bedienen muss. Das EG-Parlament mit seiner rot-grünen Mehrheit hat der EG-Kommission im November 1989 mit Absetzung gedroht, wenn dem Binnenmarkt kein Sozialraum folge – jetzt stösst die Kommission wöchentlich einen bis zwei der geplanten fünfzig Richtlinienentwürfe des Sozialen aus. In Schweizer Zeitungen und am Fernsehen kann man dies freilich nicht verfolgen. Mangel an ernsthaften Kontakten mit der europäischen Wirklichkeit haben die Schweizer Linke seit je zu falscher Selbsteinschätzung geführt. Sie übernahm willig sogenannte helvetische Tabus, verteidigt sie und verkennt die Chancen, welche Europa zu deren Überwindung bietet.

Freizügigkeit

Die Schweiz kennt die maximalste Einwanderungswelle Europas, kettet die neu Eintretenden aber im Saisonierstatut fünf Jahre an die Scholle. Daher verlangen die Unternehmer so viele, weil sie billig und willig gehalten werden können. Müssten sie ihnen – unter europäischer Freizügig-

keit – die Löhne der strukturstarken Branchen zahlen, um sie zu halten, dann würden eben nicht so viele Einwanderer verlangt. Deshalb, und weil das Recht des vollen Familiennachzugs von den europäischen Wanderarbeitern nicht stark benützt wird, und weil Südeuropa heute kleinere Geburtenraten als der Norden hat, ist überhaupt keine Einwanderungswelle zu erwarten. Aber wegen fehlender Freizügigkeit haben wir Schweizer uns selbst in ein Arbeitsmärktchen von der Grösse Münchens und Umgebung eingeschlossen. Die europäische Freizügigkeit würde uns den Kontinent öffnen, die Arbeitsstellen, die Schulen. Die Diplome werden europaweit anerkannt, vom Lehrabschluss bis zur Universität. Die Selbständigen können überall praktizieren, hohe Tarife und exklusive Standesorganisationen kommen unter Druck.

Volksrechte

Nur ein Drittel der Bundesbestimmungen beschlagen EG-Gebiete, der Rest kann ausgeübt werden. Vor allem aber bleibt auf kantonaler und kommunaler Ebene die direkte Selbstbestimmung der Lebenswelt intakt. Vom ausgeschlossenen Drittel auf Bundesebene ist seit 1972 durch das Freihandelsabkommen mit der EG vieles präjudiziert; niemand stiess sich daran. Manche Linke tun, als ob sie während Jahrzehnten Initiativkämpfe gewonnen hätten (seit 10 Jahren dispensiert sich das Parlament sogar meist von entgegenkommenden indirekten Gegenentwürfen auf Gesetzesebene), und als ob das Referendum nicht das wirksamste Blockierungsmittel der Rechten gewesen wäre. Anstatt konservativ zu klagen, würden wir besser die Verwesentlichung der Volksrechte betreiben: mehrere angebotene Lösungen pro Abstimmung, über Pläne anstatt über

Fertiggekochtes abstimmen, Gesetzesinitiative einführen, Ständemehr nur noch den Landesteilen als Gruppe zugestehen, die Regierung nach parlamentarischen Niederlagen absetzen und Neuwahlen ausschreiben – das brächte dem Volk seine Rechte gegen sorglose Parlamentarier und fette Verbände zurück.

Schikane-Föderalismus

Die Schweiz als Ganzes, und erst recht unsere Kantone, sind als territorial abschliessend regelnde Einheiten zu klein geworden. Die meisten Kantone sind ausserstande, Raumplanung, Luftreinhaltung, moderne Erziehungssysteme allein durchzuführen. Sie sind zu Checkbuch-Föderalismus verkommen, der Bund zahlt und bestimmt, sie führen aus. Sie sind ferner einem Schikane-Föderalismus nahegekommen mit Berufshinderungen und fehlender Freizügigkeit für Lehrer, Juristen, Heilberufe oder für Ausführung öffentlicher Aufträge. Was daran ist aber identitätstiftend, um Thurgauer zu sein? Ferner ist der Föderalismus zum Tagsatzungsprinzip zurückverkümmert, wo kantonale "Direktorenkonferenzen" anstelle des Bundes legiferieren – ohne Referendum, Rekurs oder Parlament. Im übrigen ist die Schweiz nur föderiert, weil die Leute einander nicht verstehen oder ausstehen können. Wir sind kein multikulturelles Volk wie die Luxemburger oder Elsässer, die wenigsten verstehen zwei Sprachen oder Literaturen. Die wahren föderalen Räume dagegen schliessen mehr und mehr auch Süddeutschland, die Freigrafenschaft, das Pays de Gex oder die Lombardei ein – wir sollten auf ein Europa der Regionen hinarbeiten, mit entsprechenden Institutionen und Räumen. Bleiben wir draussen, können wir das aber schlecht. Die EG ist übrigens keine Vereinheitlichungswalze. Regeln und Schikanen werden

vielmehr dadurch zugunsten der freieren EG-Bürger beseitigt, dass alle Mitgliedstaaten die Regeln der elf andern als europagültig anerkennen. Harmonisierung und Freizügigkeit ohne Gleichmacherei! ("Cassis-de-Dijon-Prinzip".) Auch die europaweite Anerkennung der Diplome belässt die unterschiedlichen Lehrgänge in kultureller, regionaler Vielfalt.

Wirtschaftsintegration als "fait accompli"

Wir stehen nicht vor dem Entscheid, uns zu integrieren oder nicht. Kulturell trinken unsere drei Sprachregionen ausschliesslich aus Europa, nicht voneinander. Wirtschaftlich sind Handel, Konzerne, Verbände europaweit verflochten. Seit 1972 ist im Freihandelsabkommen der Güterverkehr voll integriert, EG 92 hin oder her. Der Franken ist an den Marktkurs und damit an den ECU angehängt, die Zinsen aufs Schmerzliche ebenfalls. Es wäre nun eine enorme Chance zu verlieren, hier anzuhalten und die Integration dort mit der EG nicht mitzumachen, wo persönliche Freizügigkeit, kultureller Austausch, Forschung, politische Rahmensetzung über die Wirtschaft zu gewinnen sind.

EG-feindliche Unternehmer spüren instinktiv, womit wir uns "stark" machen müssten im Alleingang: mit dem Ausbau eines dubiosen Finanzplatzes und mit mehr Nacht- und Schichtarbeit (Originalton Blocher). In einer solchen Schweiz wäre die Linke, wäre das Soziale schwächer denn je. Aber auch staatspolitisch gesehen ist das Abseitsstehen mit dem "autonomen Nachvollzug" allfällig uns passender EG-Regeln ein Zerrbild der Souveränität. Die Einstellung dahinter ist ungut schweizerisch: Wir sind uns gut genug, und nur falls die andern zufällig einmal etwas Besseres erfinden, werden wir uns das

auch noch anschnallen ... Ich halte dagegen fest: Die EG ist vornehmlich ein politisches, multikulturelles Haus geworden. Sie ist Europa, die Efta zerfällt, der Osten will eintreten. Daneben ist im Konkurrenzkampf der Kontinente ihr Binnenmarkt die Grundlage für eine hohe Wertschöpfung und Ausbildung, ohne die wiederum die postindustriellen Umwelt- und Sozialdurchbrüche undenkbar sind. Die Armut im Osten war nicht ökologisch, und wenn Philips im Westen die Chips-Entwicklung aufgibt, können nur EG-weite Anstrengungen uns letzte Kenntnisse und Fertigkeiten hier retten. Das zu verkennen, heisst die Bedingungen europäischer Souveränität verkennen und etwas hohl über "Reichtum" lächeln. Schliesslich aber entwickelt sich EG-Europa laufend, im Gegensatz zur Schweiz. Wem die Lust auf Veränderungen noch nicht abhanden gekommen ist, der sei Europäer!